

Ergänzungsmeldung zur freiwilligen Verlängerung im Öffentlichen Dienst

12.02.2018

Die dpa meldet, dass immer mehr Landesbeamtinnen und Landesbeamte in Baden-Württemberg freiwillig verlängern. Darunter sind viele Polizeibeamtinnen und -beamte.

Die Meldung wurde heute unter anderem in der [Stuttgarter Zeitung](#) oder den [Stuttgarter Nachrichten](#) aufgegriffen.

Fast 600 Kolleginnen und Kollegen haben demnach aktuell ihren regulären Ruhestand in der Polizei hinausgeschoben. Die Gründe dafür sind vielfältig: noch nicht abbezahltes Wohneigentum, die Unterstützung der studierenden Kinder oder noch nicht erreichte 40 Dienstjahre, die sich auf die Pensionshöhe auswirken, einen Partner oder eine Partnerin, die noch berufstätig ist - und ja, bei manchen auch die Lust weiterzuarbeiten. Das alles sind gute Gründe, die für uns nachvollziehbar sind und, die jeder für sich persönlich abwägen muss.

Auf der anderen Seite gibt es die besondere Altersgrenze für den Polizeivollzugsdienst nicht ohne Grund. Sie berücksichtigt die besonderen berufsspezifischen Belastungen und Herausforderungen während des gesamten Berufslebens, denen man sich auch bei einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht entziehen kann und die mit den mit zunehmenden Alter verbundenen Einschränkungen oftmals nur schwer in Einklang zu bringen sind.

Gezielte Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kurz vor Erreichen der Altersgrenze, die zum Verlängern bewegen sollen, können grundsätzlich positiv sein, wenn sie aus den richtigen Motiven heraus erfolgen. Leider soll es darunter auch Gespräche geben, bei denen eine Beförderung nur in Aussicht gestellt wird, wenn verlängert wird - und nur die Verlängerung führt dann mitunter zur Ruhegehaltsfähigkeit. Diese Verknüpfung halten wir für unlauter.

Das Kernproblem ist aber ein anderes. Personalpolitik in der Polizei ist weitgehend strategisch planbar, denn nur eine Handvoll Polizistinnen und Polizisten verlässt die Polizei vor der Pensionierung wieder. Wir haben als BDK bereits vor Jahren darauf hingewiesen, dass wir in eine schwierige Personalphase hineinlaufen, wenn politisch nicht die Weichenstellungen zur Kompensation der Abgänge der starken Einstellungsjahrgänge (beispielsweise in der RAF-Zeit) vorgenommen werden. Das Problem hat seinen Anfang bereits vor Jahrzehnten gefunden.

Jetzt ist es kurz vor Zwölf und Maßnahmen wie eben die finanziellen Anreize oder auch der Stellenpool für die Verlängerer sind aus der Not herausgeboren - genauso wie die derzeit geplante Maßnahme Pensionärinnen und Pensionäre gezielt anzuschreiben und sie zu bitten, aus der Pension heraus als Lehrer zur Verfügung zu stehen.